

Elisabeth Scharfenberg, MdB
Ausschuss für Gesundheit
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Initiative Armut durch Pflege

Korrespondenz-Adresse:

Susanne Hallermann
Postfach 0212
48284 Telgte
Telefon: 02504-6967725
E-Mail: initiative@armutdurchpflege.de
www.armutdurchpflege.de

Kontaktadresse Verein:

wir pflegen e.V.
c/o Universitätsklinikum
Hamburg-Eppendorf Ost 37
Martinistraße 52
20246 Hamburg
www.wir-pflegen.net

Bundestagswahl 2013:

**Prävention von Armut in der Familienpflege und
rechtliche Gleichstellung von pflegenden Angehörigen**

März 2013

Sehr geehrte Frau Scharfenberg,

Familienpflege ist der „größte Pflegedienst der Nation“, aber von sozialer Ungerechtigkeit und Verarmung bedroht und betroffen.

Wir wenden uns an Sie und Ihre Partei mit der Aufforderung, für die Bundestagswahl 2013 und die folgende Legislaturperiode klare Konzepte zur Verbesserung der finanziellen Unterstützung in der häuslichen Familienpflege vorzustellen. Insbesondere bitten wir um Maßnahmen, die das verstärkte Armutsrisiko in der Familienpflege und die Diskriminierung zuhause pflegender Angehöriger abschaffen.

Dazu legen wir Ihnen drei konkrete Forderungen von pflegenden Angehörigen bei und bitten um Ihre Stellungnahme.

Hintergrund

In Deutschland pflegen mindestens 4 Millionen Menschen¹ aller Alters- und Sozialgruppen pflegebedürftige Angehörige. Davon wurden nur 1.76 Millionen in der Pflegestatistik 2012 offiziell aufgenommen. Demographisch bedingter, wachsender Pflegebedarf wird in Zukunft nicht nur die Zahl pflegender Angehöriger deutlich steigern, sondern auch die Anforderungen in der Familienpflege.

Doch für viele Tausende Bürger und Bürgerinnen in unserer Gesellschaft ist wohlgemeinte Pflegeleistung schon heute wirtschaftlich problematisch und führt oft zu einem Prozess finanzieller Verarmung und sozialer Ausgrenzung. Viele werden ohne Verschulden zu Hartz IV Empfängern.

Dabei leisten 64% aller pflegenden Angehörigen eine weitgehend unbezahlte „Rund um die Uhr Pflege“, die im Umfang oft einer Vollzeitbeschäftigung entspricht oder diese sogar noch übersteigt.² Der Produktionswert der informellen Familienpflege in Deutschland wurde bereits 1997 mit 52,2 Mrd. Euro berechnet. Dem gegenüber erreichten die Leistungsausgaben der sozialen Pflegeversicherung im gleichen Jahr lediglich 14,2 Mrd. Euro.³ Unbezahlte pflegende Angehörige tragen damit seit Jahrzehnten erheblich und in wachsendem Umfang zur Entlastung des Sozialversicherungssystems bei, auch im Heimbereich aufgrund der schlechten Personalsituation.

¹ Institut für Demoskopie Allensbach (2010). Monitor Familienleben, 41

² Schneekloth, U., Wahl, H., W. (2005). Möglichkeiten und Grenzen selbständiger Lebensführung in privaten Haushalten

³ Schneider, U. (2006). Informelle Pflege aus ökonomischer Sicht. ZSR 52, 4, 493-520



Armut durch Pflege – www.armutdurchpflege.de

Die unverschuldete Situation pflegender Angehöriger wird in vielen Schicksalsberichten von Betroffenen deutlich, die die Initiative **Armut durch Pflege** (eine Initiative des Vereins **wir pflegen**) seit 2010 sammelt.

Tatsache ist, dass Familienpflege mit einem oft erheblichen Einsatz privater Ressourcen einhergeht und nur begrenzt soziale Absicherung erfährt. Dabei wird immer deutlicher, dass Deutschlands Pflegesystem Familienpflege im eigenen Zuhause finanziell diskriminiert – zu Gunsten der institutionellen und für viele Menschen unerwünschten oder unbezahlbaren Pflege im Heim.

Tatsache ist, dass ambulante Dienste auch mit weiteren Investitionen für pflegende Familien oft nicht bezahlbar sind und pflegende Angehörige auch zukünftig auf Eigenengagement angewiesen sind. In einem wirtschaftlich hochentwickelten Land wie Deutschland ist es unverantwortlich, dass diese Situation Menschen in eine Verarmung zwingt.

Hartz IV

Es muss als Armutszeugnis des deutschen Pflegesystems gewertet werden, dass es trotz der wirtschaftlich und menschlich bedeutenden Rolle der Familienpflege ein erhöhtes Armutsrisiko und Verarmung von pflegenden Angehörigen zulässt und selbst eine Einstufung in Hartz IV nicht verhindert.

Pflegende Angehörige sind nicht arbeitslos, wenn sie oft 50 Stunden und mehr pro Woche in Pflegeleistungen eingebunden sind. Ohne diese familiäre Pflege wären viele pflegebedürftige Menschen nicht in der Lage, angemessen im eigenen Zuhause zu leben.

Die Leistungen von pflegenden Angehörigen sind der wichtigste Pfeiler des deutschen Sozialsystems und sichern in der häuslichen Pflege eine Lebensqualität für pflegebedürftige Menschen, die ambulante Pflegedienste allein niemals bewältigen und leisten könnten.

Statt Wertschätzung der menschlichen und wirtschaftlichen Pflegeleistung zu erhalten, empfinden pflegende Angehörige, dass eine Einstufung in Hartz IV ihre Leistung entwürdigt und ihre Person stigmatisiert.

Finanzierung von guter Pflege

Viele pflegende Angehörige teilen die weitverbreitete Meinung von Experten, dass es einer kompletten Neuorientierung und eines Umbaus des Kranken- und Pflegeversicherungssystems bedarf. Dies wird als notwendig erachtet, um eine Verbesserung der Finanzierungsgrundlage zu erreichen, um künftige Leistungskürzungen zu verhindern und um eine gerechtere Unterstützung der Familienpflege zu gewährleisten, die dem heutigen und zukünftigen Pflegebedarf gerecht wird.

Unsere wirtschaftliche Situation verstärkt den Ruf nach einer Einheitsversicherung, die auch die Milliarden-Kapitalanlagen der Privatversicherungen dem gesetzlichen System zuführen und die paritätische Finanzierung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder herstellen.

Wir bitten Sie und Ihre Partei zu den drei beiliegenden Schwerpunktforderungen von pflegenden Angehörigen Stellung zu nehmen, und den Ansatz Ihrer Partei zur Lösung des Pflegenotstands und der verbesserten Unterstützung von pflegenden Angehörigen in Ihre Wahlprogramme einzubringen.

Wir freuen uns auf Ihre Position zu diesen Fragen. Bitte setzen Sie uns auch auf Ihre Verteiler.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Fischer, Helen Güther, Susanne Hallermann (Kordinatorin)
Initiative Armut durch Pflege – initiative@armutdurchpflege.de

Schwerpunktforderungen pflegender Angehöriger zur Bundestagswahl 2013

Pflege in Deutschland wird im Bundestagswahljahr 2013 einen höheren Stellenwert einnehmen denn je. Wir meinen mit Recht, denn die demografische Entwicklung erzwingt eine wachsende Verantwortung für Familienpflege.

Deshalb bitten wir Sie und Ihre Partei, für die nächste Legislaturperiode folgende Forderungen von pflegenden Angehörigen in Ihr Parteiprogramm aufzunehmen:

- **Angleichung des Pflegegeldes an die Pflegesachleistungen (SGB XI)**

Da Pflegegeld um mehr als die Hälfte geringer ist als Pflegesachleistungen, werden in Deutschland viele Pflegebedürftige und Familien gezwungen, eine Versorgung in Heimen zu suchen. Dies widerspricht den Wünschen der meisten pflegebedürftigen Personen und dem Prinzip ‚ambulant vor stationär‘.

Pflegende Angehörige fordern, dass das Pflegegeld für Pflegebedürftige den Pflegesachleistungen für ambulante oder stationäre Dienste angeglichen wird, um die Diskriminierung und das erhöhte Armutsrisiko in der Familienpflege zu beseitigen.

- **Kein Hartz IV für pflegende Angehörige**

Pflegende Angehörige sind wichtige Leistungsträger des Pflegesystems in Deutschland. Bei der Einführung der Hartz IV Gesetze wurden pflegende Angehörige und ihre unbezahlten Leistungen ungenügend berücksichtigt.

Dass ihre unbezahlten Leistungen nicht anerkannt werden und Tausende ungerechterweise als ‚Arbeitssuchende‘ in Hartz IV eingestuft werden, ist menschenunwürdig und bedarf einer dringenden Diskussion über die wirkliche Leistung der Familienpflege.

Pflegende Angehörige fordern eine Neuregelung und Aufwertung der Grundsicherung für langfristig pflegende Angehörige.

- **Gerechtere Finanzierung der Pflege**

Die grundlegende Finanzierung des Pflegesystems in Deutschland reicht nicht aus, den zukünftigen Pflegebedarf zu decken. Darüber sind sich alle Experten einig.

Pflegende Angehörige fordern dringend Maßnahmen für eine progressive, solidarische und paritätische Finanzierung der Pflege, die die Einnahmehasis erweitert und nicht einseitig auf Kosten der Versicherten geht.